



**Sabine Poschmann, MdB**

Stellvertretende wirtschafts- energiepolitische Sprecherin  
Beauftragte für den Mittelstand und das Handwerk  
der SPD-Bundestagsfraktion

Platz der Republik 1, 11011 Berlin

Telefon 030 227 – 78494

Fax 030 227 – 76496

E-Mail: [sabine.poschmann@bundestag.de](mailto:sabine.poschmann@bundestag.de)

16. März 2017

## PRESSEMITTEILUNG

---

### **Pläne zu Start-Up-Finanzierung im Technologiezentrum vorgestellt**

Dirk Wiese, Parlamentarischer Staatssekretär im Bundeswirtschaftsministerium und die Dortmunder SPD-Abgeordnete Sabine Poschmann legten gestern Pläne für eine verbesserte Start-Up-Finanzierung dar. Anlass war ein gemeinsamer Besuch des Technologiezentrums Dortmund, das seit 30 Jahren junge Unternehmen in der Forschungs- und Entwicklungsarbeit unterstützt.

„Die Bedingungen für innovative Start-ups müssen verbessert werden. Wenn wir die Trendwende bei den Gründungen schaffen wollen, brauchen sie eine ausreichende Finanzierung“, erklärte Poschmann. Guido Baranowski, Vorsitzender der Geschäftsführung der TZDO GmbH, verwies auf die Finanzierungslücke, die Start-ups gerade in der Phase ihres Wachstums erfahren müssten – also gerade dann, wenn Dienstleistungen und Produkte sich erstmals am Markt behaupten müssen. Hier solle der sogenannte Tech Growth Fund der Bundesregierung helfen, erklärte Poschmann. Dieser werde als Bindeglied zwischen der Gründungsphase eines Start-ups und dem Erreichen einer gewissen Größe, ab der die Banken einspringen, für eine ausreichende Finanzierung sorgen.

Poschmann erklärte, dass die Gründungsdynamik jedoch nur durch eine Reihe von Maßnahmen wieder Schwung aufnehmen werde. Entsprechende Vorschläge ihrer Projektgruppe „Vorsprung durch Innovationen“ innerhalb der SPD-Bundestagsfraktion werden in der kommenden Sitzungswoche in einem Koalitionsantrag in den Bundestag eingebracht werden. Darin wird die Erhöhung der Mittel für das Zentrale Innovationsprogramm Mittelstand und die Industrielle Gemeinschaftsforschung gefordert. Darüber hinaus solle die staatliche Förderung für Forschung und Entwicklung auf mindestens 3,5 Prozent des Bruttoinlandsproduktes angehoben werden.